

## WIRTSCHAFTLICHER JAHRESAUSBLICK 2008

### - Licht und Schatten -<sup>1</sup>

---

#### I.

1. Die deutsche Wirtschaft steht nach wie vor im Zeichen eines konjunkturellen Aufschwungs, auch wenn der Höhepunkt überschritten sein mag. Die wichtigsten Ursachen für eine nachlassende konjunkturelle Dynamik kommen aus dem Ausland:

- Die Weltkonjunktur hat wegen des langsameren Produktionsanstiegs in den Vereinigten Staaten etwas an Fahrt verloren.
- Die Hypotheken- und Finanzmarktkrise der letzten Wochen wird in der realen Wirtschaft auch hierzulande gewisse Bremsspuren hinterlassen (obwohl zur Zeit niemand weiß, wie tief diese sein werden).
- Und die starke Rohölverteuerung tut ein Übriges, um den gesamtwirtschaftlichen Expansionspfad abzuflachen (auch wenn sich der bremsende Effekt in Grenzen halten dürfte, weil in Deutschland die Energieintensität der Produktion und des privaten Verbrauchs infolge von technischem Fortschritt und energiesparendem Verhalten der Bevölkerung im Zeitverlauf abgenommen hat).

2. Nach den jüngsten Prognosen des Sachverständigenrates (von letzter Woche) dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahre 2008 um 1,9 vH zunehmen, nach 2,6 vH in diesem Jahr (2006: 2,9 vH).

- Auch wenn die aktuellen Stimmungsindikatoren Pessimismus verbreiten: der Aufschwung kommt auf absehbare Zeit nicht zum Erliegen, und schon gar nicht droht eine Rezession (absoluter Rückgang des BIP in zwei aufeinander folgenden Quartalen). Die bremsenden außenwirtschaftlichen Effekte werden zu einem guten Teil durch eine robuste Binnennachfrage wettgemacht. Das ist der

---

<sup>1</sup> Vortrag, IFP Institut für Personalberatung und Managementdiagnostik, Köln, 16.11.07.

fundamentale Unterschied zu 2000/01, nach dem Platzen der Dot-com-Spekulationsblase. Der gegenwärtige flächendeckende Streik der Bahn-Lokführer trifft natürlich die Volkswirtschaft, aber mehr als ein Dämpfer für die konjunkturelle Entwicklung ist nicht zu befürchten (es sei denn, es käme zu einem unbefristeten Dauerstreik, was unwahrscheinlich ist).

- Mit dieser prognostizierten Zuwachsrates des BIP von 1,9 vH läge Deutschland etwas unter dem Durchschnitt des Euro-Raums (2,1 vH) und der EU-27 (2,3 vH). Aber anders als in früheren Jahren wäre die deutsche Wirtschaft nicht Schlusslicht (das wird Italien mit einer prognostizierten Zuwachsrates von 1,3 vH sein). Die größte konjunkturelle Dynamik wird in kleineren EU-Mitgliedsländern erwartet (Luxemburg, Slowenien, Griechenland, Finnland und Irland mit einem Plus von 3 vH und mehr).

3. Der weitere Produktionsanstieg dürfte auch im kommenden Jahr den Arbeitsmarkt beleben.

- Die Erwerbstätigkeit steigt, die Arbeitslosigkeit sinkt. Wenn alles läuft wie derzeit erwartet, wird die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2008 8,3 vH betragen (im Jahre 2005, dem Bundestagswahljahr, waren es noch 11,7 vH).
- Trotz dieser erfreulichen Entwicklung dürfen nicht die Schattenseiten aus dem Blick geraten: zum einen, die in Ostdeutschland immer noch rund doppelt so hohe Arbeitslosenquote als in Westdeutschland; zum anderen, die immer noch hohe Anzahl an Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen als größte Problemgruppen am Arbeitsmarkt.
- Der Arbeitsmarktprognose nach werden im nächsten Jahre immer noch 3,46 Millionen Personen als arbeitslos registriert sein. Rechnet man die „verdeckte“ Arbeitslosigkeit einschließlich „Stille Reserve“ (mindestens 1 Million Personen) hinzu, brauchen wir fast 5 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze, um die Vollbeschäftigung zu erreichen. Das Erwerbspersonenpotential ist also nicht voll genutzt, und das ist für sich genommen eine Wachstumsbremse.

4. An der Preisfront herrscht eine trügerische Ruhe.

- Zwar ist die Inflationsrate (Verbraucherpreise) trotz der kräftigen Mehrwertsteuererhöhung Anfang dieses Jahres und trotz der gestiegenen Energiepreise einigermaßen moderat geblieben (2,1 vH), und sie wird es auch

2008 bleiben, trotz wieder steigender Lohnstückkosten. Aber mit dem Inflationsziel der EZB (eine Inflationsrate „unter, aber nahe 2 vH“) wäre das nicht vereinbar, zumal die preisdämpfende Schützenhilfe eines festen Euro auch wieder verloren gehen kann.

- Hinzu kommt, dass wir es neuerdings auch mit strukturellen preistreibenden Effekten auf den Weltnahrungsmittelmarkt zu tun haben. Diese ergeben sich daraus, dass die Bevölkerung in den dynamisch wachsenden Schwellenländern (China) ihre Ernährungsmuster an die unsrigen annähern und dadurch die Nachfrage nach hochwertigen Nahrungsmitteln kräftig steigt („Agro-Inflation“, zu der auch gehört, dass vielerorts Agrarflächen umgewidmet werden, um Bio-Diesel zu erzeugen).
- Ein weiteres Problem ergibt sich aus dem Umstand, dass die Ausweitung der Geldmenge sehr reichlich ist und dies Aufwärtsrisiken bei der Inflationsentwicklung nährt. Das gilt erst recht, wenn die US-Notenbank ihren Zinssenkungskurs fortsetzt und die EZB auf die noch vor kurzem geplante Zinserhöhung verzichtet (beides wegen der Verwerfungen auf den Finanzmärkten und zwecks Stabilisierung der Konjunktur).
- Und von alledem abgesehen ist bemerkenswert, dass die „gefühlte“ Inflation mehrere Prozentpunkte oberhalb der amtlichen Inflationsrate liegt (der entsprechende statistische Preisindex wird von einem Forscherteam der schweizerischen Universität Fribourg berechnet). Der Grund ist, dass offenbar die Menschen generell auf Preissteigerungen sensibler reagieren als auf Preissenkungen und spezifisch eine Verteuerung von Gütern, die sie häufig kaufen (Brötchen, Quark, Bier, Benzin, Strom, Fahrkarten im ÖPNV), in ihrem Warenkorb stärker gewichten als eine Verbilligung von Gütern, die sie nur gelegentlich erwerben (z.B. ein neues Auto, ein Fernsehgerät, eine Flug in die Karibik). Das ist keine Trivialität. Wenn nämlich die gefühlte Inflation hartnäckig die amtliche übersteigt, kann dies die Inflationserwartungen der Marktteilnehmer erhöhen; eine Folge wäre, dass die Lohnforderungen der Gewerkschaften kräftiger ausfallen und bei staatlichen Transferleistungen wie das Arbeitslosengeld II ein öffentlicher Druck auf eine kostentreibende Nachjustierung entsteht. Beides wäre für die wirtschaftliche Entwicklung kontraproduktiv.

## II.

5. Konjunktur gut, alles gut? Wer eine Momentaufnahme macht, wird die Frage bejahen. Wer noch in Erinnerung hat, wie bis 2005 die deutsche Wirtschaft vor sich hergedümpelt hatte, wird ebenfalls Ja sagen und sogar von einem wirtschaftlichen Comeback Deutschland sprechen, und dies als Reformdividende der „Agenda 2010“ ausgeben. Wer aber die Fotokamera nach vorne, in die mittelfristige Zukunft schwenkt und das Objektiv weit öffnet, muss vorsichtiger sein und darf sich nicht zu Selbstzufriedenheit hinreißen lassen.

6. Denn auf mittlere Sicht kommt es für eine gute wirtschaftliche Entwicklung auf das Potentialwachstum an, nicht auf den Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts.

- Wachstum ist nicht gleichbedeutend mit Konjunktur (auch wenn in der öffentlichen Debatte und in der Medienberichterstattung beide Begriffe oft synonym verwendet werden). Konjunktur ist Nachfrage und ihr Muster verläuft zyklisch, Wachstum ist Angebot und dieses folgt einem Trend.
- Der konjunkturelle Aufschwung, den die deutsche Wirtschaft seit 2006 erlebt, wird früher oder später von einer zyklischen Abschwächung abgelöst werden. Wann das geschieht, hängt natürlich von dem makroökonomischen Umfeld – weltweit und im Inland – ab, doch das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials ist eine entscheidende Größe: Wächst das Produktionspotential nur langsam, wird der konjunkturelle Aufschwung von geringerer Dauer sein, als es bei einem kräftigen Potentialwachstum der Fall ist.
- Aktuell ist der Pfad des Potentialwachstums in Deutschland immer noch vergleichsweise flach; die Deutsche Bundesbank (Monatsbericht Oktober 2007) schätzt ihn auf  $1\frac{1}{2}$  bis  $1\frac{3}{4}$  Prozent im Jahr; der Sachverständigenrat kommt in seinem Jahresgutachten 2007/08 zu einem ähnlichen Ergebnis. Die Wachstumsrate hat sich zwar gegenüber der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts erhöht (damals lag sie bei nur einem Prozent). Aber im Euro-Raum ohne Deutschland wächst das gesamtwirtschaftliche Potential mit einer Rate von gut 2 Prozent und in den Vereinigten Staaten mit einer Rate von gut drei Prozent; nochmals höher, um das Doppelte oder mehr, ist das Potentialwachstum in den sog. BRIC-Ländern (Brasilien, Russland, Indien, China), deren Gewicht in der Weltproduktion kontinuierlich steigt und sich inzwischen auf 13 vH beläuft.

7. Das Potentialwachstum in Deutschland anzuheben, bleibt also eine bedeutsame und dringend gebotene Aufgabe für die Wirtschaftspolitik.

- Zwar ist – in einer freiheitlichen Gesellschaft - wirtschaftliches Wachstum keine staatliche Veranstaltung, sondern das Ergebnis der von den Bürgern selbst artikulierten Präferenzen: von deren Wagemut und Eigenverantwortung, von deren Bereitschaft zu arbeiten und berufliche Qualifikationen zu erwerben und von deren Wünschen nach mehr oder weniger Freizeit.
- Aber es sollte unstrittig sein, dass nur mit einem angemessenen und anhaltendem wirtschaftlichen Wachstum die Zukunftsaufgaben in der Gesellschaft – von der Bildung und sozialen Sicherung über den Umweltschutz und die Energieversorgungssicherheit bis hin zur Entwicklungshilfe und Friedensmissionen im Ausland - gemeistert werden können.
- Und je dynamischer die deutsche Volkswirtschaft auf mittlere Sicht ist, umso mehr wird das Wachstum in der EU als Ganzes angetrieben – ganz im Sinne der „Lissabon-Agenda“ (von 2000/2005), der zufolge der gemeinsame europäische Wirtschaftsraum auf absehbare Zeit die wettbewerbsstärkste Region der Welt werden soll.

8. Dies ist die Ratio für Strukturreformen. Sie sind kein Selbstzweck, sie sind auch nicht Ausdruck einer bestimmten Ideologie (die führende Politiker und Gewerkschaftsfunktionäre sowie viele Linksintellektuelle als „neoliberal“ brandmarken, in offenkundiger Unkenntnis darüber, was methodologisch „Neoliberalismus“ bedeutet und dass dies Konzeption einst die ordnungspolitische Antwort freiheitsliebender Wissenschaftler auf den diktatorischen Nationalsozialismus war). Vielmehr zielen Strukturreformen darauf, die Wirtschafts- und Sozialordnung möglichst flexibel zu machen, um die erforderlichen Anpassungen der Produktion und der Erwerbstätigkeit an den globalisierten Wettbewerb, den demographischen Wandel und die sich verändernden Klimaschutzanforderungen ohne allzu große Friktionen, sprich Realeinkommenseinbußen und Arbeitslosigkeit, hinzubekommen. Man mag sich diese Schocks wegwünschen, aber wegbekommen tut man sie mit einer Vogel-Strauß-Haltung nicht.

### III.

9. Die wirtschaftliche Aktivität expandiert bei globalem Wettbewerb umso nachhaltiger, je besser die jeweilige Volkswirtschaft ihre komparativen Vorteile in der internationalen Arbeitsteilung nutzt. Diese Vorteile sind in Deutschland, wie in den meisten alten EU-Ländern, bei wissens- und technologieintensiven Produktionen in der Industrie und im Dienstleistungssektor aufzusuchen, nicht bei einfachen, lohnintensiven Verbrauchsgütern, auf deren Produktion sich die weniger entwickelten Länder spezialisieren, zu Recht, weil dort das Arbeitsangebot sehr elastisch ist. Deutschland ist ein Hochlohnland und kann bei lohnintensiven Gütern nicht mit China konkurrieren, selbst wenn dieses Land seine Währung aufwertete (was ökonomisch geboten wäre), wenn es von der beispiellosen Produktpiraterie abließe (wozu die Regeln zum Schutz geistigen Eigentums jedes Mitglied der Welthandelsorganisation WTO unmissverständlich verpflichten) und wenn die nationale Gewerbeaufsicht Qualitätssicherung und Verbraucherschutz ernst nähme (wie es sich für einen zivilisierten Staat gehört).

10. Um die komparativen Vorteile im globalen Wettbewerb zu entwickeln und zur Geltung zu bringen, muss an vielen Stellen hart gearbeitet werden. Das A und O sind Innovationskraft, Schnelligkeit und Risikobereitschaft bei den Unternehmen. Die Produktivität in den Unternehmen zu steigern und sich Neues vorzunehmen ist immer noch der beste Weg, um sich dem internationalen Preisdruck zu entziehen.

11. Hier braucht man nicht pessimistisch zu sein. In Deutschland haben die Unternehmen in den letzten Jahren gezeigt, dass rigorose Anpassungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen, grenzüberschreitendes Offshoring und Outsourcing und intensive Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten, aus denen am Markt verwertbare Produktinnovationen hervorgehen, gelingen kann, die internationale Wettbewerbsfähigkeit wiederzugewinnen und zu festigen, auch in Zeiten eines starken Euro. Seit 1999 hat die deutsche Wirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit innerhalb des Euro-Raums im Zuge einer Senkung der Lohnstückkosten um 9 vH verbessert; die moderaten Tariflohnabschlüsse haben sich ausgezahlt. Entsprechend hoch ist der Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands (aktuell: rund 5 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt). Aus ökonomischer Sicht, ist der

Leistungsbilanzüberschuss viel zu hoch und gehört Deutschland zu der Gruppe von Ländern in der Weltwirtschaft, die zu den globalen Ungleichgewichten beitragen (neben Japan und China, aber auch dem großen Defizitland Vereinigte Staaten). Aber Deutschland hat keinen eigenen Wechselkurs, mit dessen Hilfe der Leistungsbilanzüberschuss abgebaut werden könnte (durch eine Aufwertung). Alternativ käme eine kräftige wirtschaftliche Dynamik in Betracht, bei der viel ausländisches Kapital zufließt und die Importnachfrage stark zunimmt.

12. Damit sich eine solche Dynamik einstellt, reicht es nicht, auf den Gütermärkten international wettbewerbsfähig zu sein. Erforderlich ist es darüber hinaus, auch auf den Faktormärkten besser zu sein als die anderen, wenn es also darum geht, das international mobile Sachkapital und das international mobile Humankapital zu attrahieren. Das nennen wir internationaler Standortwettbewerb (analog zu dem Standortwettbewerb innerhalb Deutschlands zwischen den Bundesländern und innerhalb eines Bundeslandes zwischen Kommunen). An diesem Punkt steht noch nicht alles zum Besten:

- Auf dem Faktormarkt für Sachkapital verzeichnet Deutschland einen beachtlichen Nettokapitalexport bei Direktinvestitionen. Natürlich gehören ausländische Direktinvestitionen zur internationalen Arbeitsteilung. Aber wenn bei einer vergleichsweise hohen Sparquote der privaten Haushalte (10,5 vH) nur eine Nettoinvestitionsquote (ohne Abschreibungsaufwendungen) herauskommt, die mit etwas mehr als 3 vH kaum über der jährlichen Inflationsrate liegt und eine der niedrigsten unter den Industrieländern überhaupt ist, dann stimmt etwas nicht. Es wird zu wenig im Inland investiert mit der Folge, dass das Potentialwachstum, von dem bereits die Rede war, nicht auf einen steileren Pfad einschwenkt.
- Auf dem Faktormarkt für Humankapital zeigt sich Deutschland seit einigen Jahren ebenfalls als ein Nettoexportland. Akademiker und andere hochqualifizierte Menschen (vor allem junge) verlassen in großer Anzahl das Land, so auch viele unternehmerische Führungskräfte. Sie tun es, wie Umfragen belegen, weil sie glauben, in anderen Ländern (namentlich in den Vereinigten Staaten, der Schweiz, dem Vereinigten Königreich) auf attraktivere Bedingungen für eine berufliche Tätigkeit bauen zu können. Die Knappheit an Fachkräften, die zur Zeit viele Unternehmen hierzulande beklagen (und den Personalberatungsunternehmen volle Auftragsbücher bescheren), ist nicht nur eine Begleiterscheinung des

Konjunkturaufschwungs, sondern eben auch eine Folge des „brain drain“. Dieser könnte schnell zu einem Bremsklotz für das wirtschaftliche Wachstum werden. Gemäß der modernen, endogenen Wachstumstheorie ist die Akkumulation von Wissen und dessen Verwertung in Form von Innovationen, also die intensive Nutzung von Humankapital, die entscheidende Determinante der Wachstumsrate auf lange Sicht.

13. Es klingt paradox, ist aber Realität: Die Exportstärke, die die Unternehmen aufweisen, kann einhergehen mit einer Standortschwäche der Volkswirtschaft. Es gibt ja auch in strukturschwachen Regionen Deutschlands (nicht nur im Osten) Unternehmen, denen es glänzend geht, ohne dass dadurch die diese Region aktiv saniert wird, weil sich nicht genügend neue Unternehmen ansiedeln und qualifizierte Kräfte zuwandern. Anders gewendet: Die wirtschaftliche Dynamik entscheidet sich auf Dauer an der Standortqualität, nicht an der Expansion der Exportnachfrage.

#### IV.

14. Um den Investitions- und Produktionsstandort Deutschland attraktiver zu machen, wurde unter der rot-grünen Bundesregierung die „Agenda 2010“ auf den Weg gebracht.

- Einiges Wegweisendes ist mit der „Agenda 2010“, wie jedermann weiß, geleistet, anderes in Angriff genommen worden.
- Aber die ergriffenen staatlichen Maßnahmen sind in wichtigen Bereichen zu zaghaft (insbesondere beim arbeitsrechtlichen Kündigungsschutz), sehr unzulänglich (vor allem bei der Gesetzlichen Krankversicherung und der Sozialen Pflegeversicherung), zu unsystematisch (besonders bei der Unternehmensbesteuerung in Verbindung mit der Abgeltungssteuer und der Gewerbesteuer) oder sie treten auf der Stelle (wie die zweite Stufe der Föderalismusreform).

15. Man sollte sich von der Reformrhetorik, die führende Politiker in allen Parteien meisterhaft pflegen, nicht blenden lassen. Es zählen nur Taten, die ursachentherapeutisch angelegt sind; es zählt nicht das bloße Kurieren an

Symptomen. In Deutschland wirkt das Handeln der Bundesregierung, gemessen an den Absichtserklärungen, verzagt – was ihr beim angesehenen britischen Wochenmagazin „The Economist“ (Ausgabe vom 8.9.07) den zweifelhaften Ruf einer „coalition of the unwilling“ eingetragen hat. Nach dem Rücktritt des Bundesarbeitsministers Franz Müntefering steht sogar zu befürchten, dass mühsam durchgesetzte Reformmaßnahmen unter dem irreführenden Schlagwort „Weiterentwicklung“ (Kurt Beck, Jürgen Rüttgers) eingeschränkt oder verwässert werden. Vier Beispiele zur Veranschaulichung: (i) beim Arbeitslosengeld I hat der Salto Rückwärts in diesen Tagen bereits stattgefunden (Verlängerung der Bezugsdauer für Ältere und damit Fehlanreize für die Rückkehr zur Frühverrentung), (ii) in der Gesetzlichen Rentenversicherung steht dies bevor (noch mehr Aufweichungen der Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre, auch wenn dadurch neue Beitragssatzerhöhungen erforderlich wären), (iii) die Haushaltskonsolidierung des Bundes wird mit der Hypothek dauerhafter Mehrausgaben belastet (besonders durch einen undurchschaubaren Wust familienpolitischer Fördermaßnahmen), (iv) die Privatisierung der Deutschen Bahn ist praktisch ad acta gelegt. All das geschieht entgegen dem Rat aller Fachleute.

16. Eigentlich ist das Gegenteil von Reformstillstand oder Rückwärtsrollen geboten - mehr Schubkraft bei den Strukturreformen und eine ehrgeizigere Gangart bei der Sanierung der Staatsfinanzen. Denn andere Länder, mit denen Deutschland um das mobile Sachkapital und die „klugen Köpfe“ konkurriert, sind nicht untätig geblieben. Wie bei internationalen Sportkämpfen gilt auch im Standortwettbewerb: Es zählt nicht der Vergleich von heute mit gestern im eigenen Land, sondern nur der Vergleich von heute und morgen zwischen uns und den anderen, die ebenfalls nach Wohlstand streben und zu diesem Zweck ihre Standortattraktivität laufend verbessern. Natürlich ist Wettbewerb unbequem und man muss ihn nicht mögen, zumal der Ausgang unsicher ist. Aber alle Erfahrung lehrt, dass Wettbewerb, den man annimmt, unternehmerische Kreativität und individuelle Leistungsbereitschaft freisetzt und die Gesellschaft mit Vitalität durchzieht. Deutschland muss am Ende nicht erster sein, um an den Vorteilen des Standortwettbewerbs teilzuhaben. Aber es kann sich dem globalen Wettbewerb nicht verweigern, ohne sich selbst großen Schaden zuzufügen.

## V.

17. In der öffentlichen Debatte wird von vielen der Eindruck erweckt, es gebe für die Inland unterlassenen Anpassungsanstrengungen eine gute Alternative, die da lautet: den Standortwettbewerb „ordnen“ (Oskar Lafontaine) und die Globalisierung „gerecht gestalten“ (Angela Merkel). Hierbei wird das gesamte Register interventionistischer Folterwerkzeuge gezogen. Der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy hat dies am Dienstag in einer Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg ohne Hemmungen vorgeführt - nach dem Motto: wenn die Regierungen anderer Länder in den Markt- und Wettbewerbsprozess intervenieren, wäre es töricht, wenn die Europäer nicht das Gleiche täten.

- Gefordert werden koordinierte handelspolitische Schutzmaßnahmen, Entsendegesetze und gesetzliche Mindestlöhne.
- Überdies wird auf gezielte Eingriffe in den internationalen Kapitalverkehr gedrängt, am liebsten durch die Besteuerung von Devisentransaktionen (Tobin-Steuer) und abschreckende Auflagen gegenüber unliebsame Investoren aus Ländern außerhalb der EU (Staatsfonds aus China und Russland), die in der saloppen Manier eines Roland Koch unter den Generalverdacht gestellt werden, dass sie die „öffentliche Sicherheit“ bedrohen oder die „strategische Infrastruktur“ unterminieren könnten.
- Natürlich steht auf der Wunschliste der Interventionisten auch das sog. Champions Building mittels einer strategischen Industrie- und Technologiepolitik.

18. In einem solchermaßen regulierten Umfeld würden, so die Verheißung, inländische Arbeitsplätze nicht bedroht und Arbeitnehmer nicht ihrer Schutzrechte beraubt, der Staat behielte die Hoheit über die Steuereinnahmen und könnte bei der Haushaltskonsolidierung, allemal bei Ausgabenkürzungen, Fünfe gerade sein lassen, und die für das wirtschaftliche Wachstum für unerlässlich erachteten Schlüsselbranchen hätten klare Zukunftsperspektiven im eigenen Land.

19. Solche Defensivstrategien führen in die Irre. Sie lösen kein Problem und sind nur ökonomisch und fiskalisch sehr teuer. Letzteres gilt insbesondere bei technologischem Aktionismus à la Airbus. Der Staat steht unweigerlich vor dem Problem, dass er die Zukunft nicht kennt; so zu tun, als hätte er einen sechsten Sinn

und als könnte er die künftigen Schlüsselindustrien definieren, verstößt gegen elementare Logik und ist „Anmaßung von Wissen“ (Hayek): „Neue“ Produkte und Technologien sind definitionsgemäß unbekannt, und was unbekannt ist, kann man nicht gezielt fördern. Die privaten Unternehmen sind dem Staat bei der Entscheidung über zukunftssträchtige Investitionen überlegen. Die Champions, die es in Deutschland (und Europa) in verschiedenen Wirtschaftsbereichen bekanntlich gibt – von Porsche bis SAP -, sind nicht das Resultat staatlicher Gestaltungskunst und sind nicht der staatlichen Einflussnahme auf die jeweiligen Unternehmen geschuldet, sondern das Ergebnis aus unternehmerischem Fleiß, Können, Erfindungsreichtum und Wagemut. Es handelt sich um Schumpeter-Unternehmer, die mit ihren Investitionen nicht warten, bis die Auftragsbücher gefüllt sind, sondern mit eigenen Angeboten der künftigen Nachfrage vorausziehen, ja diese erst schaffen. Wettbewerb und Wettbewerbsfähigkeit sind die Schlüsselfaktoren, nicht ein wie auch immer gearteter „Wirtschaftspatriotismus“, der ja nichts anderes ist als Protektionismus in neuen Schläuchen und der der staatlichen Willkür Tür und Tor öffnet, das Wirtschaften ineffizient macht und Unsicherheit verbreitet.

## VI.

20. Man kann es drehen und wenden, wie man will: Der internationale Standortwettbewerb ist auch ein Wettbewerb um die Qualität der Wirtschaftspolitik. Wer entschlossen handelt, stellt Nachzügler bloß und zwingt diese ebenfalls zum Handeln. Auch Unternehmen könnten sich nicht auf Dauer am Markt behaupten, wenn sie ihre Produktpalette nicht ständig an die sich verändernden Bedingungen anpassen. Eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die dem Marktsystem und dem Wettbewerb vertraut, ist - politökonomisch betrachtet - nicht einfach: Organisierte Gruppeninteressen sind schnell zur Stelle, um staatliche Entscheidungen, die ihnen missfallen, zu verhindern. Und die Regierenden wissen, dass mit einer Politik des Interventionismus und der Wettbewerbsbeschränkung, natürlich zwecks Irreführung der Öffentlichkeit drapiert mit Gemeinwohlpflichten des Staates, leicht Wählerstimmen gewonnen werden können. Aber: Solche von mächtigen Partikularinteressen und den Eigeninteressen der Politiker getriebenen Verteilungskonstellationen – alles Ausdruck von Staatsversagen - schwächen die

Leistungskräfte in der Gesellschaft und verkrusten die Wirtschaft; sie sind also Gift für das wirtschaftliche Wachstum und bedrohen ein Land, wie der bekannte nordamerikanische Sozialwissenschaftler Mancur Olson in einem wirklich lesenswerten Buch mit dem Titel „The Rise and Decline of Nations“ (1982) aufgezeigt hat, mit dem Niedergang.

21. Der Globalisierungsprozess wäre ein Rettungsweg: Er wirkt wie ein (friedlicher) exogener Schock, der die Regierung zu einer besseren Wirtschaftspolitik zwingt, den Staat in seiner Ordnungsfunktion stärkt und das Land von wachstumshemmenden staatlichen Interventionen und anreizschädlichen Umverteilungsaktionen befreit. Viele Menschen wissen inzwischen, dass auch ohne Globalisierung viele soziale Träume schon aus demographischen Gründen nicht wahr werden können, sie erkennen, dass der Staat vieles verspricht, was er nicht halten kann, und ihnen ist klar, dass es ohne Wandel keinen Erfolg geben kann.

22. Der Zwang zu mehr Rationalität in der Wirtschaftspolitik durch die Globalisierung des Wettbewerbs würde Deutschland – falls wir die Herausforderung bestehen - bessere Karten im internationalen Standortwettbewerb beschere. Nutznießer sind vor allem diejenigen inländischen Arbeitskräfte, die am wenigsten international mobil sind; sie haben mehr Beschäftigungsoptionen bei angemessenen Reallöhnen. Der gegenwärtige Konjunkturaufschwung bietet, solange er anhält, das denkbar beste Umfeld, um die überfälligen Strukturreformen mutig voranzubringen und die deutsche Wirtschaft mit einem kräftigen Frontantrieb zu versehen. Aber wie immer im Leben gilt auch hier: wer weiterkommen und ein gutes Wachstumsklima erzeugen will, muss „dicke Bretter bohren“ (Max Weber); sich nur einmal anstrengen, das reicht nicht aus.